

Widerstand gegen Teilnahme am Vietnamkrieg in Australien

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **60 (1966)**

Heft 4

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141125>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Er sieht den Weg zum Frieden nur in einer Wiedereinberufung der Genfer Konferenz, im Aufhören aller ausländischen Intervention und in daraus sich ergebender Neutralität des Landes. Dies heißt aber auch Schluß mit der amerikanischen Fiktion von einem unabhängigen Südvietnam, als amerikanischem Protektorat. Vietnam soll wieder vereinigt werden, was immer die Großmächte dazu sagen mögen.

De Gaulle hat seinerzeit Kennedy in der Kubafrage unterstützt, da die USA, wie er glaubte, keine andere Wahl des Vorgehens hatten. In Vietnam und in den Beziehungen der Welt zu China findet er, haben wir die Wahl eines weiseren politischen Kurses.

De Gaulle hat seit 1958 immer wieder versucht, Wege der Konsultation innerhalb der NATO anzubahnen. Dies ist nun seine Unabhängigkeitserklärung, mit der im Geheimen alle westeuropäischen Bündnispartner sympathisieren — ist sie doch der Entscheid gegen Vernichtung ohne Möglichkeit, seinen Standpunkt zu vertreten.

Aus I. F. Stone's «Weekly», 21. März 1966

Widerstand gegen Teilnahme am Vietnamkrieg in Australien

Mr. Harold Holt, der australische Premier, erfuhr einen bösen Empfang, als er am 28. März vor 1200 Melbourner Bürgern die Vietnampolitik der Regierung (das heißt die Johnsonsche Politik, d. Ü.) verteidigte und die Entsendung von australischen Rekruten nach der Dschungelhölle von Südvietnam befürwortete.

Vorausschicken muß man vielleicht, daß im Ersten Weltkrieg die allgemeine Wehrpflicht für Überseedienst in zwei nationalen Referenda abgelehnt wurde. 1943, als der Feind vor den Toren stand, war das australische Volk ohne Murren bereit, die allgemeine Wehrpflicht zu akzeptieren.

Der Premier sprach an einer Versammlung zugunsten eines liberalen Kandidaten für eine Ersatzwahl in das Bundesparlament. Die Versammlung wurde zu einem der wildesten Meetings, das Melbourne seit Jahren gesehen hatte, wie «The Australian News» (London) vom 31. März berichtet. Mr. Holt konnte sich in einem Tumult von Pfiffen, Hohngelächter und ständigen Zwischenrufen kaum Gehör verschaffen. Es kam immer wieder zu Tätlichkeiten zwischen gouvernemental Gesinnten und Gegnern der allgemeinen Wehrpflicht.

Später mußten 12 Polizisten den Premier auf dem Wege nach seinem Auto beschützen. Demonstranten bedrohten seinen Chauffeur, schlugen mit Fäusten und Stöcken auf den Wagen und wollten ihn umwerfen.

In seiner Rede sagte der Premier, nur zwei Parteien seien gegen die Teilnahme von australischen Truppen am Vietnamkrieg — die austra-

liche Labourpartei und die Kommunistische Partei. Die letztere war, nach Mr. Holt, gut vertreten an der Versammlung.

Der Premier erklärte, die Bundesregierung sei bereit, die Entsendung von Truppen nach Südvietnam in der Ersatzwahl wie in den kommenden Wahlen für das Bundesparlament zum Entscheid zu bringen.
Red.

Ein Motiv für den Krieg in Vietnam?

... Was aber sind die Motive, die Washington zu diesem schmutzigen Vernichtungskrieg veranlassen? So fragen nicht nur die Gegner, sondern auch die wirklichen Freunde der USA, die sich — im Unterschied zur Bundesregierung — gerade deshalb nicht mit der Vietnampolitik Johnsons solidarisieren, weil sie genau erkennen, wie leichtfertig hier das durch große demokratische Traditionen erworbene politische und moralische Ansehen der Vereinigten Staaten aufs Spiel gesetzt wird.

Eine Antwort, überraschend freimütig, fast zynisch, gibt ein namentlich nicht genannter hoher amerikanischer Diplomat in der französischen Zeitung «Le Nouvel Observateur» vom 29. April 1965: «Vietnam? Es interessiert uns nicht als strategisches Ziel, nicht einmal als politische Basis, sondern als Probe aufs Exempel... Wir suchen hier die Antwort, wie eine Macht, wie die unsere, in einem Konflikt dieses Typs den Sieg davontragen kann. Wie kann ein Staat, der über ein ungeheures militärisches und ein mittelmäßiges politisches Potential verfügt, an einem beliebigen Ort über einen Gegner siegen, der über ungenügende militärische, aber große politische Machtmittel verfügt? Es ist für uns vielleicht keine Frage von Leben und Tod, dieses Problem an diesem Ort zu lösen. Aber wir müssen hier die Methoden lernen, damit wir dieses Problem in jedem Teil Asiens, in Afrika und vor allem in Lateinamerika lösen können. Wir müssen von hier das Geheimnis mitnehmen, das uns gestatten wird, der kommunistischen Subversion in Venezuela, in Brasilien oder in Guatemala entgegenzutreten.»

Informationsdienst der deutschen Friedensgesellschaft, März 1966

Radioaktive Verseuchung im Falle eines Nuklear-Angriffes auf China

Escalation marschiert und soviel wir sehen, gibt es keine Möglichkeit, sie aufzuhalten. Der Moment ist damit gekommen, die öffentliche Meinung zum Widerstand gegen die letzte Stufe der Ausweitung, den Einsatz von Nuklearwaffen aufzurufen. Wir möchten zunächst